



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Ministerveränderung in Frankreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Ministerveränderung in Frankreich.



Vor etwa drei Wochen begab sich, daß das republikanische Paris des Morgens beim Erwachen erfuhr, daß ein Prätendent gewagt habe, sich offen als Erben der Bonaparte zu bezeichnen, die den französischen Kaiserthron innegehabt hatten. Die Sache erregte sofort Aufsehen, und daraus entwickelte sich rasch große Verlegenheit und gefährliche Unsicherheit und Verwirrung. Eine kluge und entschlossene Regierung hätte nur zwei Wege vor sich gesehen: den Prätendenten zu fassen und über die Grenze zu befördern oder ihn und seine Maueranschläge als nicht vorhanden zu betrachten und ungeschoren zu lassen und dem Senat und den Abgeordneten zu sagen, daß die Republik stark genug sei, um solche Pöffen mit schweigender Verachtung zu behandeln. In beiden Fällen hätte sie etwas für Minister wie für Generale unschätzbares gethan, sie hätte die Initiative ergriffen, und wie sich dann auch die Kammer verhalten hätte, die Minister würden die Stärke gezeigt haben, auf die ein rasches und entscheidendes Handeln schließen läßt. Aber leider schickten sie ihren Gegner wider das Gesetz in die Conciergerie, ließen die Sache in der Schwebe und schufen Bewerbern um die Volksgunst und um hohe amtliche Stellung Gelegenheit, sich der Leitung der Angelegenheit durch Anträge zu bemächtigen. Die Folgen zeigten sich bald in Gestalt von zu weit gehenden Vorschlägen von seiten der Linken, in Kompromissen, die heute entworfen und gut geheißten, morgen zurückgezogen wurden, und zuletzt in einer Ministerkrisis, der ein Teil des Grévy'schen Kabinetts mit Einschluß des Premiers zum Opfer fiel. Allerdings konnte man von einem Ministerium, das von Anfang an nur als ein zeitweiliges, als Lückenbüßer zu betrachten war und sich auf keine entschiedne Mehrheit im Hause der Abgeordneten stützen konnte,

nicht die Geistesgegenwart und Festigkeit erwarten, die ein starkes und harmonisch zusammengesetztes Kabinet an den Tag zu legen pflegt, wenn Schwierigkeiten sich zeigen. Die Herren wurden überdies überrascht, und nichts stellt Menschen oder Regierungen so sehr auf die Probe als das Unerwartete. Duclerc und seine Kollegen hatten freilich nicht geschlafen oder sich den Intriguen gegenüber, die in einem Lande, wo der Parteigeist unaufhörlich wühlt und Kronpräsidenten vorhanden sind, niemals ruhen, gleichgiltig verhalten. Sie hatten, wie wir aus der Rede Fallières', des bisherigen Ministers des Innern und nunmehrigen Premiers, ersehen, die Augen offen gehabt, aber nur nach einer Richtung, nur nach der Vendée und Görz, nicht nach der Avenue d'Antin hin gesehen. Sie waren bereit, eine Erhebung der päpstlichen Zuaven mit Charette an der Spitze zu unterdrücken, indem sie der tröstlichen Zuversicht lebten, „die ganze Nation werde wie ein Mann gegen jeden royalistischen Versuch aufstehen,“ aber sie hatten sich nicht für den Fall vorgesehen, daß ein tapferer Prinz, statt ein Kriegsgroß zu besteigen und den Degen gegen die Republik zu ziehen, den Kleisterpinsel schwang und ein Plakat anklebte, und daß solches Thun nicht allen lächerlich, ja vielen bedenklich erschien. So zeigten sie im ganzen Verlaufe der Angelegenheit eine Schwäche, die nicht nur sie selbst diskreditirte, sondern der Autorität in Frankreich überhaupt schweren Abbruch that. Endlich aber kam dazu noch, daß die Mitglieder des Kabinetts in der Stunde der Prüfung geteilter Ansicht waren. Das Ergebnis von alledem mußte selbstverständlich ein unerfreuliches sein. Zunächst gestattete man einer wie Ebbe und Flut wechselnden Kammermehrheit, sich des heikeln Gegenstandes ohne Leitung durch eine Persönlichkeit von hervorragender Befähigung und bedeutendem Ansehen zu bemächtigen. Die gewaltthätigsten und rücksichtslosesten Mitglieder der Linken drängten sich vor und machten sich daran, das Problem durch Proskriptionen zu lösen. Dann legten die Minister einen Plan vor, gegen den etwas weniger einzuwenden war, mit dem sie sich aber immerhin vor dem Sturm beugten, welcher von der Seite der Radikalen sich erhoben hatte. Und als zuletzt das Komitee, dem die Sache zur Beratung überwiesen worden war, in einen Vergleich willigte, von dem es hieß, das Ministerium werde ihm beitreten, verwarfen drei Mitglieder des letzteren, der Premier, der Kriegs- und der Marineminister, den Kompromiß und traten schließlich von ihren Ämtern zurück.

So hat man den Riß in die Regierung, welcher die Folge von Plons-Plons Manifest und den Gesetzborschlägen Floquets und Ballues war, zur Not geflickt und eine sofortige ernstere Krisis für den Augenblick abgewendet. Und dann ist eine Verständigung der Kammer mit dem neuen Kabinet erfolgt. Die Vorschläge des letztern, Entlassung der Prinzen aus ihren Stellen, Ausstreichung der politischen Rechte, die sie bisher besaßen, und eventuelle Verbannung derselben aus dem Lande, sind vom Abgeordnetenhause mit großer Majorität angenommen worden. Aber es ist sicherlich damit nur zeitweilig windstill geworden.

Es ist dem bis jetzt noch unvollständigen Kabinet gelungen, sich mit der Volksvertretung über sehr harte Maßregeln gegen die früher herrschenden Familien zu verständigen; aber wahrscheinlich wird eine Entscheidung des Senats alles verwerfen, was man vereinbart hat, und dann wird kaum ein anderer Weg übrig bleiben als der einer Berufung an den Willen des Volkes, d. h. die Auflösung der Deputirtenkammer und die Wahl neuer Abgeordneten.

In Betreff des Senates ist es von Interesse, sich zu erinnern, daß nicht weniger als 117 Mitglieder dieser Körperschaft in ihrer jetzigen Zusammensetzung in der Nationalversammlung mit abstimmt, als dieselbe am 8. Juni 1871 sich für Aufhebung der Gesetze entschied, welche die königlichen und kaiserlichen Prinzen aus dem Lande verbannt hatten. Von diesen votirten 83 für und 26 gegen die Aufhebung, während 8 sich der Abstimmung enthielten. Unter denen, die sich gegen die Aufhebung aussprachen, befanden sich Herr Duclerc und General Billot, die sich jetzt vom Amte zurückgezogen haben, weil sie das Floquetsche Austreibungs-gesetz auch in seiner gemilderten Gestalt nicht billigen, während der Admiral Saureguiberry sich damals neutral verhielt. Diese That-sachen sprechen für sich selbst. Unter den entschiedensten Gegnern der Aufhebung der Verbannungs-gesetze von ehemals waren Männer, die jetzt eher das größte Opfer brachten, das ein Staatsmann bringen kann, als daß sie Maßregeln gut-hießen, an deren Wirksamkeit sie früher glaubten. Es ist daher mehr als wahr-scheinlich, daß der Senat das Austreibungs-gesetz des Ministeriums Fallières und der Deputirtenkammer mit überwiegender Majorität verwerfen wird.

Wie die öffentliche Meinung in den Kreisen der maßvolleren Republikaner diesen Widerspruch zwischen der ersten und der zweiten Kammer Frankreichs ansieht, ergiebt sich aus dem National, einem Blatte, das sonst stramm zur republikanischen Sache hält. Es heißt da:

„Was uns vor allem noththut, ist eine Regierung. Giebt es denn in der Kammer keine Männer, gesegnet mit guter Gesundheit und begabt mit rechtschaffnen und vernünftigen Ideen? Hoffen wir, daß der rechte Mann auf der Bühne erscheinen wird, ehe es zu spät ist, um das Haus daran zu erinnern, daß es eine Menge von Gesetzen giebt, über die es ohne das Waquis, mit dem Senat in Zwiespalt zu geraten, verhandeln kann. Hoffen wir ferner, daß er der Kammer die Gefahr zeigen wird, der sie sich und die Republik aussetzt. Das Land ist es überdrüssig, die Beute erkünstelter Robespierres, Dantons und St. Just's zu sein, die es vor den Augen des Auslandes lächerlich machen, es in jeder Weise, zu Hause und in den Kolonien, zu Grunde richten und auf seinen Leichnam klettern würden, um sich sehen zu lassen und ein bißchen bekannter zu werden. Es ist es müde, sich unter das Joch einer Rotte kleiner Despoten zu beugen, es besteht darauf, daß die Kammer ihm Frieden verschafft oder ihrer Wege geht.“ Diese Zeilen hätten vor kurzer Zeit in den Spalten des bonapartistischen Pays stehen können.

Das neue Ministerium setzt sich wie folgt zusammen: Fallières Minister des Innern und bis auf weiteres der auswärtigen Angelegenheiten, auch Ministerpräsident, Devès Justiz, Tirard Finanzen, öffentliche Arbeiten Hérisson, Unterricht Duvaux, Handel Pierre Legrand, Mahy Landwirtschaft, Cochéry Eisenbahnen und Telegraphen, Krieg Thibaudin, endlich Marine provisorisch Mahy. Vom neuen Premier de Fallières ist außerhalb Frankreichs nicht viel mehr bekannt, als daß er die Pflichten eines Verwaltungsbeamten erst in untergeordneter, dann in hervorragender Stellung erfüllt hat, und daß er die Gabe der Beredsamkeit in ziemlich hohem Grade besitzt. In der letzten Krisis hat er die Eigenschaft intellektueller Beweglichkeit, die man auch als Opportunismus bezeichnet, an den Tag gelegt, indem er sich lieber den Umständen anpaßte, als sie zu beherrschen und unter seine Überzeugung und seinen Willen zu beugen versuchte. Anfangs jeder Proskription und Austreibung abgeneigt, verließ er bald diesen Boden und schloß sich den Bestrebungen an, welche die weniger maßlosen Mitglieder des mit dem Floquetschen Gesekentwurfe betrauten Ausschusses an den Tag legten. Er riet den Kompromiß an, welcher aber auf Nachgeben in dem wesentlichsten Punkte des Regierungsvorschlags basirt. So begegnete er, den Abhang hinabgleitend, den Radikalen auf halbem Wege und machte nun die Entdeckung, daß sein Chef und zwei andre seiner Kollegen sich weigerten, mit ihm die so geschickt geschaffne schiefe Ebene zu betreten. Als die Meinungsverschiedenheiten im Kabinet sich nicht länger verbergen ließen und der Ministerpräsident, der General und der Admiral sich gegen die Verbannungsgesetze erklärten, so waren Amtsniederlegungen unvermeidlich. Da Herr de Fallières bei der Verhandlung mit dem Kammerausschusse die Hauptrolle gespielt hatte, so erntete er auch den Haupterfolg. Unter seinen Kollegen war kein Nebenbuhler, und als Ferry vor der unbequemen Aufgabe zurückschrak, ein neues Ministerium zu bilden, lag es auf der Hand, daß der bisherige Minister des Innern der gegebne Mann war. Er hatte die Mehrheit seiner Kollegen hinter sich, und so kam es, daß das neue Kabinet des Präsidenten Grévy nur eine neue Auflage des alten war. Ob es eine verbesserte ist, wird abzuwarten, vorläufig aber gelind zu bezweifeln sein.

Blicken wir zurück, so sahen wir den Prinzen Jerome Bonaparte gleichsam auf den Leichenstein Gambettas tretend sein wichtigthueriesches Manifest anschlagen. Es enthielt einige bittere Wahrheiten für die Republikaner, hätte aber für eine entschlossene Regierung und ein einiges Volk keine Gefahr enthalten. Leider aber war das Kabinet, in welchem Duclere den Vorsitz führte, von seinem Ursprung an nur provisorischer Natur und fristete seine Existenz mehr durch die Nebenbuhlerschaft der Parteien, in welche das Volk und seine Vertreter zerstieben, als durch seine Begabung und seine politischen Leistungen. So wurde Frankreich von plötzlicher Verwirrung überrascht, und zwar zu einer Zeit, wo es Ruhe und Ordnung in besonderm Maße nötig hatte, wenn es der innern Übel Herr

werden wollte, die es bedrohten. In Marseille waren die Sozialisten nicht einmal Franzosen genug, um höflich gegen die Kaiserin zu sein, die ihnen einen Palast und einen Park geschenkt hatte. In Lyon wollen die Roten dem Seidenhandel durch Wahl von Kommunisten aufhelfen, welche statt geordneter Regierung die Anarchie empfehlend Gott für abgeschafft erklären. In Paris drängen die Municipalräte die Deputirten zu überstürzten Anträgen, und die demokratischen Klubs überwachen die Municipalräte. Es sieht aus, als ob es den „Entschiedenen“ nicht genüge, die Prinzen dem Löwen des Radikalismus vorzuwerfen. Man hört auch schon wildes Geschrei, welches sich gegen die Priester, die Beamten, die Träger von Titeln und vor allem gegen die freilich vielfach mit Recht verhaßte Finanzwelt richtet. Alles das wirkt auf die finanzielle und kommerzielle Lage zurück, die, wenn auch noch keineswegs verzweifelt, doch gestört ist, und das Barometer der Pariser Börse zittert und fällt wie vor einem heraufziehenden Gewitter. Und weiter: jene Furcht und jener Haß hallen in den Kreisen der Abgeordneten wieder, die nicht wieder gewählt zu werden fürchten, wenn sie widersprechen wollten, und werden von Ministern kundgegeben, die im Amte zu bleiben wünschen. Wenn aber zu der Furcht vor den Prätendenten und ihren Anhängern einiger Grund vorhanden ist, so liegt er lediglich in der Schwäche der Republik. Dieselbe würde stark sein, wenn sie ihre Aufgabe begriffe, d. h. wenn sie wüßte, daß sie konservativ und friedfertig sein muß, wenn sie am Leben bleiben will. Wenn eine Napoleonische Restauration denkbar wäre, so würde der neue Kaiser beinahe von vornherein auf einen Rachekrieg gegen Deutschland hinsteuern müssen. Ebenso würden die Legitimisten und Orleansisten, um die von Paris aus das Land beeinflussende chauvinistische Genossenschaft zu befriedigen, das Versprechen eines baldigen Kreuzzugs zur Wiedergewinnung der Rheingrenze geben müssen. Und doch kann kein Zweifel darüber obwalten, daß die große Mehrheit der Franzosen einen solchen Krieg verabscheut, ihn wenigstens für die Gegenwart und die nächste Zukunft nicht will. Aber die jetzige Regierung hat das Land nicht gehörig in der Hand, und so überläßt sie sich zu sehr der Strömung des Parteitreibens. Warum beging sie den ersten Fehler in dieser Angelegenheit, die Verhaftung des Prinzen Napoleon, und warum den zweiten, die Adoption der Floquet'schen und Ballueschen Anträge in ihren wesentlichen Punkten? Einfach aus Furcht vor der leidenschaftlichen und auffässigen Mehrheit der Deputirten, welche sie zu unterstützen vorgab. Sie war ein geduldetes Cabinet, und sie wußte recht wohl, daß sie jeden Augenblick von vorn und zugleich von hinten angegriffen werden konnte. Die ganze jüngste französische Politik in auswärtigen Angelegenheiten läßt sich nur begreifen und entschuldigen, wenn man sich diese Lage der Minister vergegenwärtigt. Freycinet und Duclerc waren ebenso rasch entschlossen als ängstlich, heute unternehmend, morgen unentschieden, jetzt voll Eifer und den nächsten Tag zögernd, lediglich weil sie bald mehr den Tadel des Zentrums, sie opferten französische Interessen, bald mehr den Vorwurf der

Linken fürchteten, sie wollten der Börse zu Gefallen Frankreich in einen neuen mexikanischen oder tunesischen Krieg stürzen. Dieselbe Angst davor, daß eine Interpellation von den Bänken der letztern Seite sich in eine Anklage verwandeln könnte, zwang die Mehrheit des Ministeriums Duclerc, den Prinzen Plon-Plon zu verhaften und radikalen Vorschlägen zur Änderung der Gesetzgebung im wesentlichen beizutreten. Da haben wir wieder einmal den Segen des Parlamentarismus.

Es ist, wie es scheint, das Loos aller französischen Republiken, langsam nach der Revolution und Anarchie hinzugleiten und dann von einer Eisenfaust unter despotische Herrschaft gebracht zu werden. Die Entfernung der Prinzen von ihren Kommandos, die Entziehung der Wählbarkeit und die eventuelle Austreibung derselben aus dem Lande, welche die Regierung beantragt und die Kammer beschlossen hat, sind nichts ungewöhnliches bei unsern Nachbarn jenseits der Vogesen. In mehr komischer Gestalt zeigte sich diese Tendenz bei jeder Regierungsveränderung in der Niederreißung von Statuen, in der Entfernung von Emblemen der Monarchie, in der Umtaufung von Straßen und Plätzen und in der Auslöschung von Inschriften. Als die erste Revolution die Verbannung über die Prinzen und Adlichen des alten Frankreichs verhängte, war das begreiflich, ja natürlich; die Aristokratie hatte den Krieg in der Vendee entzündet und sich mit dem Auslande verschworen, sie war in die Reihen der Landesfeinde eingetreten und mit den Heeren derselben in Frankreich eingebrochen. Die Prinzen, die man jetzt verfolgt, haben nichts der Art gethan, sie mögen Hoffnungen hegen, die auf Restauration hinielen, der Prinz Napoleon hat sich offen dazu bekannt, aber die Herzöge des Hauses Orleans haben sich verhalten, als ob sie die Republik anerkannten, und d'Amale hat sie, gleichviel, ob mit Hintergedanken, wirklich und ausdrücklich anerkannt. Dennoch werden alle über einen Kamm geschoren, und zwar einzig aus dem Grunde, weil die Republikaner die Lehre vom fürstlichen Erbrechte hassen und fürchten. Sie wollen allgemeine Gleichheit und statuiren doch eine schreiende Ungleichheit. Das Kind eines Prinzen soll nicht mit dem Rechte auf eine Krone, das Kind eines Bauern nicht mit der Aussicht auf politische Knechtschaft und Nichtbefähigung zur Mitregierung durch das Stimmrecht bei den Wahlen geboren werden. Aber während sie die erblichen Vorrechte bekämpfen, erklären sie mit Eifer, daß jene Nichtbefähigung erblich sei, und so ist es nichts mit ihrer Doktrin, daß alle Menschen gleich geboren seien; denn Fürstenkinder sind dann politische Varias.

Und ebenso verstehen die Herren von der Linken die Freiheit, die sie fortwährend im Munde führen — beiläufig ganz mit der selbstüchtigen Inkonsequenz nach der Moral: „Ja, Bauer, das ist ganz was andres,“ die wir bei unserm fortgeschrittenen Liberalismus gewohnt sind. Als die äußerste Linke, die jetzt starken Einfluß übt und gute Aussicht hat, das Heft ganz in die Hand zu bekommen, noch im Schatten stand und wenig Hoffnung hatte, ans Regiment

zu gelangen, willigte sie mit Vergnügen in ein außerordentlich liberales Pressegesetz. Unter demselben ließ sich der Druck und das Anschlagen der Proclamation Jerome Napoleons nicht als Vergehen betrachten; denn „Provokationen“ sollten nach ihm straflos sein, wofern ihnen nicht Handlungen folgten. Floquet sagte damals: „Was ist eine Provokation? Eine Operation des menschlichen Denkens, ein Meinungs Ausdruck. Sie wird dadurch, daß man sich durch Annahme eines Gesetzes entscheidet, sie zu verdammen, nicht tadelnswert oder verbrecherisch. Entscheidet man sich, Meinungen nicht zu bekriegen, so kann man auch Provokationen nicht angreifen, da sie nur Operationen des menschlichen Geistes sind.“ Wohl im Hinblick auf diese und ähnliche Äußerungen erließ der Prinz Napoleon sein Manifest, seine Provokation, und siehe da, Herr Floquet und seine Partei, die im Jahre 1881 für unbeschränkte Pressefreiheit waren, schlagen jetzt vor, ihn zu verbannen, lediglich wegen einer „Operation des Geistes,“ und die Regierung tritt dem bei.

Wir sehen jetzt deutlich, was für ein politisches Chaos durch das Ministerium Duclerc mit dünner Kruste bedeckt und teilweise verborgen war. Der Tod Gambettas und der Maueranschlag eines Prätendenten mit wenig Aussicht auf Erfolg haben hingereicht, die Rinde zu durchbrechen und die kochende Verwirrung zu enthüllen. Wir wissen nicht, was der ehemalige Diktator von Tours unter den obwaltenden Umständen für opportun gehalten haben würde, aber ein klares, entschiedenes Wort wäre von ihm zu erwarten gewesen. Er würde, gleichviel, was er den Prinzen gegenüber gethan oder unterlassen hätte, dem Ministerium mehr Halt gegeben und der Kammer mehr Entschiedenheit eingeflüßt haben. Jetzt sind die vielen schwierigen Fragen, welche fanatische und engherzige republikanische Doktrinäre auf die Tagesordnung gebracht haben, eine Beute zufälliger Parteigruppierungen. Die Republik mag nicht, wie behauptet wird, „auf einem Vulkan sitzen,“ aber auf der einen Seite ist Mißtrauen, auf der andern Furcht erweckt worden. Statt durch das Aufsteigen und Platzen des bonapartistischen ballon d'essay gestärkt zu werden, ist die Republik geschwächt worden, nicht so sehr durch die Verhaftung Blon-Blons als durch die schroffen Maßregeln gegen die andern Prinzen, die an 1793 gemahnen, wo man ebenfalls ganze Klassen von Staatsangehörigen dem Scherbengerichte unterwarf. Wäre die Handlung Jerome Napoleons gesetzlich strafbar gewesen, so konnte doch im ärgsten Falle nur er selbst dafür gestraft, seiner politischen Rechte beraubt werden, nicht alle seine Standesgenossen. Weil A eine Thorheit oder ein Verbrechen begeht, muß X geächtigt werden, weil ein Napoleonide die Republik angreift, ist notwendig gegen das Haus Orleans einzuschreiten, urteilt die Logik eines Volkes, das sich etwas darauf einbildet, das logischste auf Erden zu sein, das ist die lächerliche Seite der sonst sehr ernstern Verwicklung. Werden die Maßregeln gegen die Prinzen auch vom Senat angenommen, so wird jedermann in Frankreich fragen: Wer ist bei uns noch sicher, wenn seine Gegner an

der Gewalt sind? So werden sich namentlich Generale und andre höhere Offiziere fragen, die der Linken verdächtig erscheinen, und so wird Mißbehagen und Ungewißheit auch über die Führer der Armee sich verbreiten, denen das Gegenteil dieser Empfindungen im Interesse des Staates vor allem zu wünschen ist.

Wie diese Schwierigkeiten sich lösen werden, und wie diese langwierige Krisis auf die nahe Zukunft Frankreichs wirken wird, ist nicht leicht zu sagen. Das Land hat in sich Kräfte, die jeden Verlust leicht und rasch wieder ausgleichen. Der Fleiß, die Unternehmungslust und die Sparsamkeit der Franzosen scheinen im Verein mit andern von ihren löblichen Eigenschaften sehr wohl imstande zu sein, die Irrtümer und Mißgriffe einer ganzen Reihe von Revolutionen wieder gut zu machen. Aber wir müssen uns andrerseits erinnern, daß die Nation nie zuvor von einer Schuldenlast bedrückt worden ist wie der jetzigen. Napoleon I., der auf dem ganzen europäischen Festlande Kriegskontributionen eintrieb, war dadurch in den Stand gesetzt, Frankreich zu schonen. Auch unter dem zweiten Kaiser war es in Schulden- und Steuersachen auszuhalten. Seit 1870 aber haben sich die jährlichen Abgaben mehr als verdoppelt, und die in Aussicht genommenen öffentlichen Arbeiten drohen die Last noch erheblich schwerer zu machen. Die politischen Wirren dieser Tage haben sicherlich nicht zur Förderung der gewerblichen und kommerziellen Interessen des Landes beigetragen, und es versteht sich von selbst, daß die Kapitalisten im heutigen Frankreich ihr Geld nicht so leicht auf Unternehmungen verwenden werden wie unter einer festen Regierung.

Was endlich die auswärtigen Angelegenheiten betrifft, so wird man jetzt wohl die kluge Voraussicht des Fürsten Bismarck erkennen, mit der er im Gegensatz zu Graf Arnim die Errichtung und Befestigung der französischen Republik nach Möglichkeit begünstigte und förderte. Er sah voraus, daß der Parlamentarismus, die Demokratie, die halbe oder ganze Anarchie zu Hause Frankreich nach außen hin machtlos und bündnisunfähig machen würde. Es ist sicher, daß, während eine russische Allianz mit Gambetta kaum möglich war, ein Einverständnis zwischen dem Zaren und Herrn Clémenceau, dem zukünftigen Ministerpräsidenten, völlig undenkbar ist. Nicht nur würde Rußland, mit dem wir jetzt besser als je zuvor stehen, die Berührung vermeiden, sondern Clémenceau, der stehende Heere und kriegerische Abenteuer verabscheut, ist stolz auf ein Frankreich, das seine Thatkraft und seine Hilfsmittel einzig und allein auf den Weiterbau der heimischen Verhältnisse zu verwenden entschlossen ist.

Zum Schlusse noch eine Betrachtung. Man kann die französische Republik nicht mehr jung nennen. Sie existirt gesetzlich schon zehn und praktisch sogar dreizehn Jahre. Sie hat reichlich Zeit gehabt, sich fest und tief zu gründen und ein Gebäude mit neuem Recht, neuer Ordnung und neuem Gedeihen aufzuführen, und doch scheint sie damit geringen Erfolg gehabt zu haben. Wenigstens haben ein paar Maueranschläge mit den Worten „Prinz“ und „Napoleon“ auf

die Franzosen wie die Beschwörung eines Schwarzkünstlers gewirkt und alles ins Wanken gebracht. Die napoleonische Legende schien sich in Nebel aufgelöst zu haben, Sedan hatte Austerlitz ausgelöscht, die Verminderung des französischen Gebietes hatte die Erinnerung an die Eroberungen des ersten Bonaparte verdunkelt, schwere Steuern ließen selbst die Bauern den Wohlstand vergessen, welcher unter dem zweiten Kaiserreiche geherrscht hatte. Der Tod des Sohnes Louis Napoleons hatte die Imperialisten eines populären und unternehmenden jugendlichen Führers beraubt und an Stelle desselben ihnen einen höchst unbeliebten Mann als Verfechter ihrer Sache aufgenötigt, den ein Teil der Partei durchaus nicht mochte. Und trotz alledem hat der Imperialismus Leben in sich behalten, „mit zwanzig Todeswunden auf dem Schädel“ schwankt sein Geist durch die Politik des Landes, und die Republik ist nicht stark genug, über den Spuk zu lachen. Auch andre Gespenster sehen wie eine Gefahr aus. Von 1830 an mußte das Erlöschen der bourbonischen Sache volle vierzig Jahre lang als feststehende Thatsache gelten. Ludwig Philipp regierte achtzehn Jahre, und als er vertrieben wurde, dachte in Frankreich keine Seele an Berufung des Grafen Chambord auf den Thron. Der Republik von damals folgte das Kaiserreich, und die Aussichten auf eine Restauration verblichen noch mehr. Gab es hier und da noch Freunde der alten Dynastie, so schloß der Charakter des erblichen Trägers ihrer Ansprüche alle vernünftig begründete Hoffnung aus. Er war ein frommer Herr, der an Wunder glaubte, sehr geduldig, allen Wagnissen abgeneigt, nur entschlossen in seiner Weigerung, die nationale Fahne und mit ihr die neue Zeit anzuerkennen. Freunde wie Gegner stimmten darin überein, daß nur ein Mirakel ihm die Krone aufs Haupt setzen könne. Und siehe da, das Mirakel war 1873 nahe daran, sich zu vollziehen. Der „Koy“ hatte sein Manifest mit der weißen Fahne noch nicht zurückgenommen, als der Graf von Paris die Ansprüche der jüngern Linie zu Gunsten der ältern aufgab, und die Versailler Nationalversammlung schien jetzt eine Mehrheit von Royalisten zu enthalten. Später waren die Ehren, welche dem Prinzen des Hauses Orleans zu teil wurden, an sich ein Beweis, daß „der Aberglaube der Legitimität,“ wie es die Republikaner nennen, in Frankreich nicht ganz ausgestorben sein kann. Die jüngere Linie der Bourbonen hatte in Gestalt des Grafen von Paris in Frohsdorf mit voller Überlegung auf unmittelbare Erfolge verzichtet, sie hatte sich dort zu den Ideen des letzten Vertreters der ältern bekehrt und sich damit dessen Unpopularität eingeimpft. Seit ihrer Rückkehr nach Frankreich haben diese Prinzen wenig gethan, um sich beliebt zu machen. Und doch fürchtet die Republik offenbar diese stillen, reservirten, obskuren Herren, als ob die bloße Gegenwart derselben im Lande mit einem zweiten General Monk drohte.

Gewisse ausländische Beobachter behaupten, die Franzosen seien ein wetterwendisches Volk, das leicht vergeffe, und die Revolution habe einen tiefen Abgrund zwischen dem alten und dem neuen Frankreich aufgerissen. In Frankreich

selbst giebt es Stimmen, welche meinen, die Republik habe im Herzen des Volkes tiefe Wurzel geschlagen, die 1789 eroberte Gleichheit aller Stände gelte ihm als Kleinod, und das Königtum werde niemals wieder aufgerichtet werden. Und doch finden wir unter diesem wankelmütigen Volke eine Partei, welche hartnäckig an der Sache der Legitimität festhält, und das kleine Wort „Fürst“ setzt seine jetzigen Regenten, die Abgeordneten, so in Schrecken, daß sie den „Götzen“ über die Grenze bringen zu müssen glauben, damit kein Götzendienst getrieben werde. In der Sagenwelt giebt es Länder, Städte und Inseln, wo die Menschen nur altern, aber nicht sterben können. In Frankreich scheinen die monarchischen Parteien gleicher Unsterblichkeit teilhaftig zu sein. Unter den Völkern germanischer Abkunft begegnen wir dieser Erscheinung nicht. In Deutschland schwand das Welfentum, das Augustenburgertum und die Partei des Kurfürsten von Hessen rasch zusammen. Wer denkt in Schweden noch an die Rückkehr der Wasas auf den Thron? In England giebt es schon längst keine Jakobiten mehr. Bei den Kelten verhält sich anders, hier haben „verlorne Sachen“ immer noch einen weiten und eifrigen Kreis von Freunden. In Irland findet Brian Boru noch seine Verehrer, in Frankreich, besonders in der Bretagne und andern Provinzen mit starkem keltischen Element, das Bourbonentum, und in andern Gegenden der Bonapartismus.

Ist also Frankreich im Herzen monarchisch oder republikanisch gesinnt? Nehmen wir das Wort etymologisch, so sind wir geneigt, zu glauben, daß das am tiefsten eingewurzelte und dauerhafteste Verlangen des französischen Volkes die Regierung oder doch die moralische Herrschaft eines Einzigen ist, heiße er nun Napoleon oder Gambetta oder sonstwie. An Jerome wird dabei freilich nicht gedacht.



Schutz der nationalen Arbeit.

Von George Kolb.



Wenn alle Völker der Erde unter sich einen Freihandelsvertrag abschließen,*) sodas jeder überall kaufen und überall hin frei von allen Beschränkungen verkaufen kann, so ist das ein Freihandel, der vernünftig ist. Ob er auch möglich ist — das ist eine andre Frage.

*) Der hier abgedruckte Aufsatz ging uns in Gestalt einer Broschüre aus dem Verlage von Carl Giesel in Bayreuth zu. Das Titelblatt enthält die Bemerkung: „Nachdruck gestattet.“ Wir machen von dieser Erlaubnis Gebrauch.